

Gesetzgebungsinitiative „Handlungssicherheit in professioneller Erziehung“ -Machtmissbrauch der PädagogInnen und zuständigen Behörden ächten -

I. Handlungsunsicherheiten in der Erziehungspraxis und in Behörden

„Gewalt“ in der Erziehung ist seit dem Jahr 2000 *geächtet*. Das Gewaltverbot des §1631 II Bürgerliches Gesetzbuch/ BGB beinhaltet: *Kinder haben ein Recht auf gewaltfreie Erziehung. Körperliche Bestrafungen, seelische Verletzungen und andere entwürdigende Maßnahmen sind unzulässig. In der professionellen Erziehung in Schulen, Internaten, in der Kinder- und Jugendpsychiatrie sowie in der Jugendhilfe und in der Behindertenhilfe hat das Gewaltverbot aber statt einer Stärkung des Kindesschutzes zu erheblichen Unsicherheiten geführt, wie der Gewaltbegriff, abgesehen von eindeutig verbotenen Schlägen, in schwierigen Situationen auszulegen ist:* Welche Handlungsoptionen sind im Rahmen grenzsetzender Erziehung der Verbote und Konsequenzen verantwortbar? Wann ist von „Gewalt“ auszugehen? Wie soll etwa ein Lehrer reagieren, wenn auf dem Schulhof geraucht wird? Soll er einen Verstoß gegen das Gewaltverbot vermeiden und wegsehend seine Erziehungsverantwortung vernachlässigen, oder stellt er sich der Situation? Welche Handlungsoptionen hat er dann? Unsicherheit bestehen vor allem bei aktiven Grenzsetzungen wie der Sicherstellung eines Handys bei Verdacht gewaltverherrlichen Inhalts bzw. bei der Wegnahme von Tabak und Drogen¹.

Machtmissbrauch stellt sich in der professionellen Erziehung als strukturelles Problem dar, unter anderem mit den folgenden gravierenden Auswirkungen:

- Auf der strafrechtlichen Ebene, zuletzt mit dem Verbrechen an Greta in einer Kita in Viersen
- Misshandlungen in Einrichtungen der Jugendhilfe, z.B. Haasenburg/ BB 2015 und Friesenhof/ SH 2017²
- Handlungsunsicherheit verantwortlicher PädagogInnen³ im Erziehungsalltag mangels Unterstützung durch Beratungs- und Aufsichtsbehörden⁴ sowie mangels Orientierungshilfe in generellen Leitlinien, etwa eines Verhaltenskodex für LehrerInnen. Es fällt den PädagogInnen freilich oft schwer, in fachlich und rechtlichen Grauzonen sich und anderen Handlungsunsicherheiten einzugestehen⁵, was zu Tabuisierung beiträgt.
- Handlungsunsicherheit in Jugendämtern: z.B. im gegenüber Familien ausgeübten staatlichen Wächteramt besteht der Verdacht, dass sie keine im i. S. „Kindeswohl“ nachvollziehbaren Entscheidungen⁶ treffen.

¹ Das Projekt bietet Fallbeispiele der Erziehungspraxis <https://www.paedagogikundrecht.de/wp-content/uploads/2020/07/Fallbeispiele-1.pdf>

² <https://www.landtag.ltsh.de/infothek/wahl18/drucks/5200/drucksache-18-5272.pdf>, Gutachten sieht Defizite in dem Landesjugendamt (Teil IV, These 7): <https://www.paedagogikundrecht.de/wp-content/uploads/2020/07/gutachten-m%C3%B6rsberger-wiesner-aus-anlass-friesenhof.pdf>

³ So sind zum Beispiel LehrerInnen als Opfer von Gewalt der SchülerInnen unsicher, wie sie reagieren dürfen (Forsa-Studie aus dem Jahr 2018): https://www.vbe.de/fileadmin/user_upload/VBE/Service/Meinungsumfragen/3_2018-04-09_forsa-Bericht_Gewalt-gg-LK_Sicht-SL_Bund.pdf

⁴ Aufsichtsbehörden haben in der Abgrenzung Erziehung- Machtmissbrauch ihrerseits auch selbst ohne objektivierbare Kriterien zu entscheiden, was ebenfalls das Problem der Handlungsunsicherheit bedingt.

⁵ Eine Grauzone besteht z.B. bei aktiven Grenzsetzungen wie die Wegnahme eines Handys oder kurzfristigem Festhalten. Bemerkung: es sind dies langjährige Erfahrungen des Projekts im Umgang mit PädagogInnen und Behörden, unter anderem in vielen bundesweiten Inhouse- Seminaren seit 2010. Das Thema „Handlungssicher im Gewaltverbot“ wird auch aufgrund fehlender selbstkritischer Haltung in Behörden tabuisiert. Es besteht für diese das Problem, bisher langjährig praktizierte Aufgabenwahrnehmung in Frage zu stellen und dabei auf Grauzonen nicht reagiert zu haben.

⁶ Am 3.3.2020 berichtet die Rheinische Post: „Kinderschutz ist unzureichend“ / <https://rp-online.de/nrw/landespolitik/lehren-aus-dem-fall-luegde-forscher-halten-kinderschutz-in-deutschland-fuer-unzureichend-aid-49319659> von Erkenntnissen der Universität Koblenz Landau: „das Jugendamt in Oberhausen nahm bei akuten Gefährdungen des Kindeswohls 2016 dreimal häufiger ein Kind aus einer Familie als in Gelsenkirchen und sogar fünfmal häufiger als in Duisburg.“ Ursache hierfür ist, dass die Feststellung, ob "Kindeswohlgefährdung" vorliegt, ohne einen objektivierbaren

- Handlungsunsicherheit in Landesjugendämtern: sie üben in der Abgrenzung Erziehung - unzulässige Gewalt ihre Beratungs- und Aufsichtspflicht mangels genereller Leitlinien notgedrungen unzureichend aus.

Der unklaren gesetzlichen *Gewaltächtung* muss für die professionelle Erziehung unter dem Aspekt der Handlungssicherheit verantwortlicher PädagogInnen und beratender sowie beaufsichtigender Behörden ein zweiter Schritt der Gesetzgebung folgen. Grundlage ist ein zur Sicherung des Kindesschutzes weit ausgelegter, jede Kindeswohlverletzung umfassender und insoweit mit Machtmissbrauch gleichgesetzter Gewaltbegriff: als Straftat, Kindeswohlgefährdung oder als sonstiges kindeswohlverletzendes Handeln. „Kindeswohl“ und „Kindeswohlgefährdung“ sind dementsprechend in der Erziehung so konkretisiert:

- **Das Kindeswohl umschließt den Rahmen „fachlich legitimer“ Entscheidungen**, den im Auftrag von Eltern/ Sorgeberechtigten verantwortliche PädagogInnen und diese beratende sowie beaufsichtigende Behörden zu beachten haben. „Fachlich legitim“ bedeutet, dass Entscheidungen fachlich begründbar sind, das heißt sich als pädagogisch zielführend darstellen. Das Kindeswohl umschließt also das nachvollziehbare Verfolgen eines Erziehungsziels der „Eigenverantwortlichkeit“ oder „Gemeinschaftsfähigkeit“ (§ 1 Sozialgesetzbuch VIII/ SGB VIII). „Fachliche Legitimität“/ Begründbarkeit erfordert, dass aus der Sicht einer gedachten neutralen Fachkraft eine Entscheidung bzw. daraus resultierendes Handeln geeignet ist, ein Erziehungsziel im Rahmen von „Eigenverantwortlichkeit“ oder „Gemeinschaftsfähigkeit“ zu verfolgen.
- **Kindeswohlgefährdung** beinhaltet eine erhebliche Gesundheits- oder Lebensgefahr, darüber hinaus eine voraussichtlich andauernde Gefahr für die Entwicklung zur eigenverantwortlichen, gemeinschaftsfähigen Persönlichkeit, in körperlicher, geistiger oder seelischer Hinsicht, z.B. durch Vernachlässigung.

Die Gesellschaft und die pädagogische Fachwelt müssen Antworten auf folgende Fragen anbieten:

- Wann entsprechen Entscheidungen der PädagogInnen und mittelbar verantwortlicher Behörden (z.B. Jugendamt, Landesjugendamt, Schulaufsicht) dem Kindeswohl bzw. wann wird dieses verletzt? Das heißt: anhand welchen Maßstabs ist verantwortbare Erziehung von Machtmissbrauch zu unterscheiden?

Im staatlichen Wächteramt der Landesjugendämter gegenüber Einrichtungen der Jugend- und der Behindertenhilfe sowie Internaten (Einrichtungsaufsicht/ §§ 45ff SGB VIII) werden die beschriebenen Fragen derzeit ebenso wenig beantwortet wie von der Schulaufsicht oder in staatlicher Aufsicht über kinder- und jugendpsychiatrische Kliniken⁷. Dies ist eine der Ursachen für Handlungsunsicherheiten in der Praxis, ein gravierendes Manko, weil Behörden gehalten sind, kindeswohlverletzendem Handeln präventiv durch Beratung und Fortbildung zu begegnen. Entscheidend ist in diesem Zusammenhang, dass PädagogInnen und Behörden keinen objektivierbaren Maßstab für ihre Entscheidungen besitzen⁸. Entscheidungen sind damit im Sinne des Kindeswohls und **Artikels 3 UN- Kinderrechtskommission** nicht nachvollziehbar: Artikel 3 lautet: *Bei allen Maßnahmen, die Kinder (und Jugendliche) betreffen, gleichviel ob sie von öffentlichen oder privaten Einrichtungen der sozialen Fürsorge, Gerichten, Verwaltungsbehörden oder Gesetzgebungsorganen getroffen werden, ist das Wohl des Kindes ein Gesichtspunkt, der vorrangig zu berücksichtigen ist.* Für die Kindesrechte steht dieser Auftrag des internationalen Rechts im Vordergrund. Er ist erfahrungsgemäß jedoch kaum bekannt.

Es ist dringend geboten, PädagogInnen und zuständigen Behörden eine Entscheidungshilfe an die Hand zu geben, die ihnen zugleich im rechtlichen Sinne als „Beurteilungsspielraum“ für die Auslegung des „unbestimm-

Maßstab/ Entscheidungskriterien getroffen wird. Hierzu auch die Rheinische Post vom 1.11.2014: „Entweder reagiert es (das Jugendamt) zu früh oder zu spät. Kaum eine Institution ist so umstritten wie das Jugendamt“: https://rp-online.de/nrw/panorama/ein-tag-im-jugendamt_aid-20168465

⁷ Dies entspricht den langjährigen, bundesweiten Erfahrungen des Projekts im Umgang mit Behörden und PädagogInnen, da das Problem „Handlungssicherheit im Gewaltverbot“ überwiegend tabuisiert wird. Auch weil PädagogInnen das Thema nicht öffnen, bestehen keine Statistiken.

⁸ Für Letztere ist das ein Rechtsstaatsproblem im Kontext der *Rechtmäßigkeit der Verwaltung*, öffnet es doch die Gefahr der Beliebigkeit und Willkür.

ten Rechtsbegriffs Kindeswohl“ zur Verfügung steht, unter Betonung fachlich verantwortbarer und im Gewaltverbot rechtlich zulässiger Entscheidungs- und Handlungsoptionen. Es geht um eine Hilfe, auf deren Grundlage einerseits ein einheitliches Kindeswohlverständnis aller Verantwortlichen ermöglicht, andererseits ein Maßstab zur Abgrenzung Erziehung - Machtmissbrauch angeboten wird. Dies würde im Sinne des Kindeswohls nachvollziehbar begründete Entscheidungen erleichtern und derzeitiger Beliebigkeitsgefahr begegnen. Letztere besteht darin, dass ohne objektivierbaren Maßstab in der Abgrenzung Erziehung - Machtmissbrauch ausschließlich subjektiv entsprechend der pädagogischen Haltung einzelner PädagogInnen bzw. BehördenmitarbeiterInnen entschieden wird. Es ist dies eine Tatsache, die im Tabuthema „Handlungssicherheit“ den Erfahrungen des Projekts in der Praxis entspricht und in den seit Jahren durchgeführten Seminaren evident wird.

Das Problem lässt sich wie folgt zusammenfassen: für grenzwertige Situationen des Erziehungsalltags, das heißt für schwierige Situationen, in denen die Gefahr der Kindeswohlverletzung oder -gefährdung besteht, fehlen Orientierung bietende „Handlungsleitsätze professioneller Erziehung“ mit Optionen verantwortbaren und begründbaren Handelns. Es fehlt ein Rahmen fachlicher Legitimität, die Grundvoraussetzung des Kindeswohls.

Die Folge: es besteht eine erhöhte Gefahr des Machtmissbrauchs in der Erziehungspraxis und in zuständigen Behörden (z.B. Schulaufsicht, Jugend-/ Landesjugendamt), **weil viele Fragen unbeantwortet bleiben:**

- Zum Beispiel: darf ein Kind kurzfristig angefasst werden, um ein Gespräch zu beenden? Darf sich die/ der PädagogIn mit gleichem Ziel dem Kind in den Weg stellen, um sein Fortgehen zu verhindern?
- Wann darf ein Handy weggenommen werden? Wie darf der Internetzugang reglementiert werden?
- Wie ist zwischen fachlich begründbarer Freiheitsbeschränkung (z.B. auf das Zimmer Schicken) und nach § 1631b BGB richterlich genehmigungspflichtigen „freiheitsentziehenden Maßnahmen“ zu unterscheiden?

Oft wird insbesondere von Landesjugendämtern argumentiert, Handlungsleitsätze seien nicht möglich, weil jede Situation des Erziehungsalltags singulär sei, unter Berücksichtigung des Alters, der Entwicklungsstufe eines jungen Menschen und dessen Vorgeschichte unterschiedlich zu bewerten. Dennoch ist die Existenz genereller Leitsätze wichtig, in denen als „fachlich legitim“ - weil begründbar- in Betracht kommende **Handlungsoptionen** beschrieben und der Praxis als Entscheidungsrahmen orientierungshalber zur Verfügung gestellt sind. Die Beurteilung des Einzelfalls bleibt natürlich vorbehalten. Während die Strafbarkeitsebene gesetzlich normiert ist⁹, fehlt auf der Fachebene der Erziehung eine Entscheidungshilfe „fachlicher Legitimität“, ausgehend von dem **Grundsatz, dass in der Erziehung nur fachlich legitimes / begründbares Handeln rechtmäßig sein kann**¹⁰.

II. Problemlösung

1. Notwendige Reflexion grenzwertiger Situationen des Erziehungsalltags

Ziel muss es sein, die Entscheidungsfindung zu objektivieren, um der Beliebigkeitsgefahr nicht nachvollziehbarer, ausschließlich subjektiver Entscheidungen vorzubeugen, die dem Kindeswohl widersprechen können und sodann als Machtmissbrauch einzuordnen sind. Die „fachliche Legitimität“ ist dabei im Sinne fachlicher Begründbarkeit von entscheidender Bedeutung. Mithin ist bei jeder Entscheidung zwischen der persönlichen pädagogischen Haltung als Basis, darauf aufbauender „fachlicher Legitimität“ und wiederum darauf aufbauender rechtlicher Zulässigkeit zu unterscheiden. Letztere ist ohne „fachliche Legitimität“ ebenso wenig denkbar wie „fachliche Legitimität“ ohne zugrundeliegende persönliche pädagogische Haltung. Die drei Stufen bauen also

⁹ Was selbstverständlich eine funktionierende staatliche Aufsicht nicht entbehrlich macht, präventiv wirkend und parallel zur Strafverfolgung.

¹⁰ Siehe hierzu auch Prof. Hundmeyer <https://www.youtube.com/watch?v=OyplfMYzUY0>: “Was pädagogisch nachvollziehbar begründet ist, kann keine Aufsichtspflichtverletzung sein.“

aufeinander auf, sind wesentlicher Bestandteil jeder Selbst- bzw. Teamreflexion in der Abgrenzung Erziehen - Machtmissbrauch. Solche dreistufige Reflexion führt zu nachvollziehbaren, dem Kindeswohl entsprechenden Entscheidungen. Am Ende kann dann die/ der PädagogIn feststellen: *Meine Entscheidung ist fachlich legitim und rechtlich zulässig. Um nicht ausschließlich meine eigene pädagogische Haltung zugrunde zu legen und damit unendliche Diskussionen auf der Haltungsebene zu vermeiden, treffe ich meine Entscheidung anhand objektivierender Kriterien entsprechend der „fachlichen Legitimität“ und rechtlicher Zulässigkeit.*

Zur Vermeidung von Machtmissbrauch unumgängliche Reflexionen werden aber derzeit in fachlichen und rechtlichen Grauzonen nicht durchgeführt, weder auf der Erziehungsebene noch auf der diese supervidierenden Behördenebene. Ursache ist das Fehlen von Leitsätzen zur „fachlichen Legitimität“ (s. Ziffer I. / „Handlungsoptionen“). Eine dreistufige Reflexion „pädagogische Haltung, fachlich legitim, rechtlich zulässig“ würde in der Abgrenzung Erziehung - Machtmissbrauch zu nachvollziehbaren, dem Kindeswohl entsprechenden Entscheidungen führen, ist aber ohne zur Orientierung festgelegter Handlungsleitsätze erheblich erschwert.

Nach der objektivierenden Reflexion¹¹ kann die/ der PädagogIn bzw. BehördenmitarbeiterIn feststellen:

- "Meine Entscheidung ist fachlich legitim und rechtlich zulässig. Um nicht ausschließlich meine eigene pädagogische Haltung zugrunde zu legen¹² und damit nicht zielführende Diskussionen auf der Haltungsebene zu vermeiden, treffe ich meine Entscheidung anhand objektivierender fachlicher Kriterien entsprechend der fachlichen Legitimität und rechtlicher Zulässigkeit."
- Nochmals: ein in dieser Weise objektivierender Reflexions- und Entscheidungsprozess ist ohne zur Orientierung festgelegter Handlungsleitsätze kaum möglich.

2. „Handlungsleitsätze professioneller Erziehung“

„Handlungsleitsätze professioneller Erziehung“ sind zur Objektivierung und Nachvollziehbarkeit von Entscheidungen unmittelbar verantwortlicher PädagogInnen und zuständiger Behörden zu entwickeln, am Ende eines entsprechenden Fachdiskurses. Im Anhang sind für die Jugendhilfe solche Handlungsleitsätze als Diskussionsgrundlage beispielhaft beschrieben. Sie stützen die Handlungssicherheit der PädagogInnen und zuständigen Behörden, dienen mithin dem Kinderschutz. Sofern „Handlungsleitsätze professioneller Erziehung“ orientierungshalber beschrieben sind, hat dies auch Auswirkungen auf die juristische Betrachtung des Kindeswohls. Richter wären in dessen Auslegung an die Entscheidung der professionellen Erziehung bzw. der zuständigen Behörde insoweit gebunden, als sie lediglich in einer Schlüssigkeitsprüfung hinterfragen, ob die Handlungsleitsätze zutreffend angewendet wurden. Im rechtlichen Sinne wird dem „unbestimmten Rechtsbegriff Kindeswohl“ durch die Handlungsleitsätze ein „Beurteilungsspielraum“ zugeordnet, den Richter in ihrer Beurteilung zu berücksichtigen haben, wie bereits dargelegt nach dem Grundsatz, dass in der Erziehung nur fachlich legitimes/ begründbares Handeln rechtmäßig sein kann. **Der Gesetzgeber (Ziffer III.) sollte die Basis für Handlungsleitsätze fixieren, weil die professionelle Erziehung, vor allem Fachverbände und oberste Behörden keine Bereitschaft zeigen, sich dem unter Ziffer 1 geschilderten Problem zu stellen:**

¹¹ Während in der 1. Stufe der Teamarbeit die Haltung der/s anderen zur Kenntnis genommen wird, wird in der 2. Stufe „fachlicher Legitimität“ bewertet, ob in einer grenzwertigen Situation fachlich begründbar reagiert wurde bzw. welche Handlungsoption zukünftig in Betracht kommt. In solcher Meinungsbildung würden keine Fortschritte erzielt, verhartete man auf der Haltungsebene. Vielmehr hat sich das Team zu fragen, welches Handeln „fachlich legitim“ ist, das heißt fachlich begründbar. Die Kunst in der Beantwortung dieser Frage liegt darin, nicht in eine Subjektivitätsfalle zu tappen, vielmehr zu fragen: „auch wenn ich persönlich eine bestimmte Entscheidung zunächst so nicht treffen würde, wäre sie dennoch geeignet, ein pädagogisches Ziel der Eigenverantwortlichkeit oder Gemeinschaftsfähigkeit (§ 1 SGB VIII) zu verfolgen? Es muss also versucht werden, aus der Sicht einer gedachten neutralen Fachkraft eine Antwort zu geben: *handelt es sich noch um eine „fachlich legitime“ Reaktion oder um einen „pädagogischen Kunstfehler“, der außerhalb der Bandbreite pädagogisch zielführender Handlungsoptionen als Machtmissbrauch und somit als unzulässige Gewalt einzuordnen ist?*

¹² Was unprofessionell wäre.

- Fachverbände und PädagogInnen befürchten, sich in ihrer bisherigen Aufgabenwahrnehmung angreifbar zu machen, scheuen die Diskussion über formulierte Berufsethik, insbesondere in Handlungsleitsätzen¹³.
- Zuständigen Behörden fehlt eine selbstkritische Grundhaltung¹⁴, eigene Entscheidungen anhand genereller Handlungsleitsätze nachvollziehbar und überprüfbar zu treffen, obwohl das Rechtsstaatsprinzip (Rechtmäßigkeit der Verwaltung) das einfordert, um beliebige oder gar willkürliche Entscheidungen zu vermeiden.

3. PädagogInnen und zuständige Behörden brauchen Beratung und Fortbildung,

Zuständige Behörden, wie zum Beispiel Landesjugendämter, brauchen ihrerseits Beratung und Fortbildung, neben einer funktionierenden externen Fachaufsichtsinstanz. Auf dieser Basis könnten sie, der eigenen präventiv wirkenden gesetzlichen Beratungs- und Fortbildungspflicht wirksam nachkommen und ihre Aufsichtsfunktion rechtsstaatlich gesichert ohne Beliebigkeitsgefahr wahrnehmen. Die in gesetzlichen Reformbestrebungen bisher vorgesehene Qualifizierung der Einrichtungsaufsicht umschließt diesen Aspekt nicht.

III. Ziele der Gesetzgebungsinitiative

Der unter Ziffer II. erläuterte Lösungsweg, erfordert die Bereitschaft der Fachwelt, das Tabuthema „Machtmissbrauch in professioneller Erziehung“ zu öffnen. **Ohne einen Gesetzesauftrag, die folgenden Ziele umfassend, wird dies jedoch nicht gelingen. Insbesondere muss ein „Fachdiskurs Handlungsleitsätze“ starten:**

1. Ziel: nachvollziehbare Kindeswohl- Auslegungen der Erziehungspraxis und der zuständigen Behörden

2. Ziel: Machtmissbrauch beenden: Gesetzgebungsbedarf besteht insbesondere, um Machtmissbrauch in Einrichtungen der Jugendhilfe präventiv zu begegnen.

3. Ziel: gesetzliche Grundlage für eine Reform der Jugendhilfe: Ein Bericht der Rheinischen Post vom 3.3.20 zeigt, dass der Begriff "Kindeswohlgefährdung" von den Jugendämtern sehr unterschiedlich ausgelegt wird. So nahm etwa das Jugendamt Oberhausen „bei akuten Gefährdungen des Kindeswohls 2016 dreimal häufiger ein Kind aus einer Familie als in Gelsenkirchen und sogar fast fünfmal häufiger als in Duisburg“ (Universität Koblenz Landau/ Schrapper). Weitergehender Reformbedarf ergibt sich u.a. aus der Tatsache, dass eine funktionierende externe Fachaufsichtsbehörde für Jugend- und Landesjugendämter fehlt. Sicherlich ist die zuweilen unzureichende Personalausstattung ein Problem, in jedem Fall aber ist es das Fehlen von Entscheidungsmaßstäben. Solange die Jugendhilfe nicht eigene Bewertungsmaßstäbe in Handlungsleitsätzen entwickelt, bleibt sie im Vorprofessionellen. Gesetzgebungsbedarf besteht auch aufgrund der beschriebenen Hemmnisse mangelnden Problembewusstseins und mangelnder Transparenz in der professionellen Erziehung. Der Gesetzgeber ist aufgefordert, einen Impuls zu setzen, damit die Jugendhilfe das Problem „Handlungssicherheit“ aufgreift und durch zuvor entwickelte Handlungsleitsätze im Rahmen des Kindeswohls nachvollziehbar begründete Entscheidungen trifft, in der Erziehungspraxis sowie in Jugend- und Landesjugendämtern. Für Behörden gebietet dies das Rechtsstaatsprinzip der „Rechtmäßigkeit der Verwaltung“.

4. Ziel: gesetzliche Basis für zu entwickelnde „Handlungsleitsätze professionelle Erziehung“

¹³ Es besteht der Eindruck, dass man lieber in „pädagogischer Freiheit“ agiert und nur rechtliches Absicherungsdenken entwickelt. Die Internationale Gesellschaft für erzieherische Hilfen (IGFH) hat sich zum Beispiel für das Beschreiben von Handlungsleitsätzen im Jahr 2013 gegenüber dem Projekt „für unzuständig“ erklärt.

¹⁴ Erfahrungen des Projekts Pädagogik und Recht; in der Jugendhilfe spielt die Betriebserlaubnisabhängigkeit der beaufsichtigten Einrichtungen eine Rolle und die Tatsache, dass eine funktionierende externe Fachaufsicht über die Landesjugendämter fehlt.

IV. „Gesetzesinitiative Handlungssicherheit in professioneller Erziehung“

Gesetzesanpassungen auf der Landesebene:

- Für **Schulen** ist im **Schulgesetz** ein *Kinderecht auf fachlich begründbares Entscheiden in der Erziehung* vorzusehen. Entsprechendes ist für die **Jugendhilfe** im **AGKJHG vorzusehen**, für die **Kinder- und Jugendpsychiatrie** sowie für die **Behindertenhilfe** (Kinder und Jugendliche) in einschlägigen Gesetzen.
- Für **Schulen** ist im **Schulgesetz** die *Verpflichtung der obersten Schulaufsichtsbehörde einzufügen, als Verhaltenskodex für Lehrer Handlungsleitsätze zu entwickeln, in denen die fachlichen und rechtlichen Grenzen der Erziehung beschrieben sind*. Damit wird das beschriebene Kindesrecht in die Praxis umgesetzt.
- Für die **Jugendhilfe** ist im **AGKJHG einzufügen: die Verpflichtung der kommunalen Spitzenverbände, mit den Verbänden der Träger der freien Jugendhilfe, den Vereinigungen sonstiger Leistungserbringer und den Landesjugendämtern auf Landesebene Handlungsleitsätze zu entwickeln, in denen die fachlichen und die rechtlichen Grenzen der Erziehung beschrieben sind (Umsetzung des beschriebenen Kindesrechts).**
- Für die **Kinder- und Jugendpsychiatrie** sowie die **Behindertenhilfe** (Kinder und Jugendliche) ist in einschlägigen Gesetzen die *Verpflichtung der kommunalen Spitzenverbänden einzufügen, mit den Spitzenverbänden der freien Wohlfahrtspflege Handlungsleitsätze zu entwickeln, in denen die fachlichen und rechtlichen Grenzen der Erziehung beschrieben sind* (Umsetzung des beschriebenen Kindesrechts).
- Für Jugend- und Landesjugendämter ist eine funktionierende externe Fachaufsicht sicher zu stellen. Die allgemeine Kommunalaufsicht über Jugendämter trägt dem nicht Rechnung.

Gesetzesanpassungen auf der Bundesebene:

- Das *Kinderecht auf fachlich begründbares Entscheiden in der Erziehung* im SGB VIII verankern, bestenfalls in neuem Absatz *Kindeswohl und Kindesschutz*, verbunden mit der *Verpflichtung der kommunalen Spitzenverbände mit den Verbänden der Träger der freien Jugendhilfe, und den Vereinigungen sonstiger Leistungserbringer auf Bundesebene Handlungsleitsätze zu entwickeln, in denen die fachlichen Grenzen der Erziehung beschrieben werden. Die nach § 85 Absatz 2 Nummer 5 und 6 zuständigen Behörden* (Landesjugendämter) *sind zu beteiligen*. (Bemerkung: dies entspricht § 78f SGB VIII für den Abschluss von Rahmenverträgen. Dort sind freilich Vereinbarungen auf der Landesebene vorgesehen).

V. Weitere wichtige Themen

Mögliche Kindeswohlverletzung/ Machtmissbrauch in Koranschulen muslimischer Träger: Ausreichende Transparenz¹⁵ ist sicherzustellen, auch im Rahmen der Betriebserlaubnisverfahren. § 45 II SGB VIII fordert hier, dass *das Wohl der Kinder und Jugendlichen gewährleistet ist*. Hierzu bedarf es einer besonderen Analyse.

Mögliche Kindeswohlverletzung/ Machtmissbrauch in elterlicher Erziehung: ob und inwieweit die Elternautonomie (Art. 6 GG) eine Anpassung des Grundgesetzes ermöglicht, bedarf einer besonderen Analyse¹⁶.

¹⁵ Erfahrungen im Landesjugendamt Rheinlandaus aus den Jahren 2000 bis 2010 sind insoweit mit berechtigtem Zweifel verbunden.

¹⁶ Der Leitsatz für die professionelle Erziehung lautet: In der Pädagogik kann nur fachlich begründbares/ legitimes Handeln rechtmäßig sein. → siehe auch Professor Simon Hundmeyer Ein entsprechender Leitsatz sollte für die Erziehung der Eltern im Kontext des Familienrechts gelten: In der Erziehung der Eltern/ Sorgeberechtigten kann nur begründbares Handeln rechtmäßig sein. Angesichts der „Elternautonomie“ (Artikel 6 Grundgesetz/ GG) und der i.d.R. fehlenden beruflichen Fachlichkeit verantwortlicher Eltern hat der Aspekt der „fachlichen Legitimität“ für die elterliche Erziehung keine Bedeutung. Ebenso sind Handlungsleitsätze auszuschließen, die den Eltern durch staatliche Instanzen an die Hand gegeben werden. Entscheidend für das „Kindeswohl“ in der elterlichen Erziehung ist allein, dass deren Handeln nachvollziehbar geeignet ist, das Ziel der „Eigenverantwortlichkeit“ bzw. der „Gemeinschaftsfähigkeit“ zu verfolgen. Dies sind die Grundsatzziele jeder Erziehung. Zielführendes, dem „Kindeswohl“ entsprechendes, das „Gewaltverbot“ des § 1631 II BGB beachtendes elterliches Handeln liegt also stets vor, wenn erkennbar ist, dass das Kind/ die/ der Jugendliche im Sinne ihrer/ seiner Eigenverantwortlichkeit und Gemeinschaftsfähigkeit gefördert wird. Ist das der Fall, entsprechen Eltern dem „Kindeswohl“, liegt kein Machtmissbrauch vor und keine unzulässige "Gewalt".

Entwurf von Handlungsleitsätzen für die Jugendhilfe

- Leitsätze professioneller Erziehung in schwierigen Situationen -

Allgemeine Einführung

Die professionelle Erziehung in Schulen, Internaten, Jugendhilfe-, Behindertenhilfeeinrichtungen sowie Kliniken der Kinder- und Jugendpsychiatrie ist im pädagogischen Alltag häufig mit schwierigen Situationen verbunden. In deren Bewertung ist entscheidend, ob fachliche und rechtliche Grenzen beachtet sind. Die für solche Situationen beschriebenen nachfolgenden Handlungsleitsätze sind hilfreich, da der „unbestimmte Rechtsbegriff Kindeswohl“ für die Erziehung konkretisiert und damit eine Basis für gemeinsames Kindeswohlverständnis gelegt wird. Im Interesse der Handlungssicherheit verantwortlicher PädagogInnen und beratender/ beaufsichtigender Behörden, mithin einer Stärkung der Kindesrechte und des Kindesschutzes, sind Handlungsleitsätze unabdingbar, in denen u.a. als „fachlich legitim“ (fachliche Erziehungsgrenze) in Betracht kommende Handlungsoptionen zur Orientierung beschrieben sind. Dies steht selbstverständlich unter dem Vorbehalt der pädagogischen Indikation des Einzelfalls. Solche Leitsätze bieten als Leitplanken die Basis für transparente, selbstbindende pädagogische Grundhaltungen der Träger in eigenen „fachlichen Handlungsleitlinien“ der Einrichtungen, wie diese seit 2012 das Bundeskinderschutzgesetz in § 8b II Nr.1 SGB VIII „zur Sicherung des Kindeswohls und zum Schutz vor Gewalt“ vorsieht. Eine umfassende Aufzählung „fachlich legitimer“ Handlungsoptionen ist dabei weder nötig noch möglich, wohl aber das Eingehen auf grundlegende Aussagen im Kontext der Erziehungsgrenzen und auf wichtige praxisbezogene Fragen.

Die Leitsätze sind naturgemäß überwiegend auf grenzsetzendes Handeln Erziehungsverantwortlicher ausgerichtet, auf das in schwierigen Situationen oftmals nicht verzichtet werden kann. Das darf jedoch nicht dazu führen, den Erziehungsauftrag in diesem Sinne einseitig zu interpretieren. Beziehungsaufbau, Vorbild und Zuwendung sind unabdingbar.

Die nachfolgend beschriebenen Leitsätze sind ein Vorschlag zur Sicherung des Kindesschutzes mittels gestärkter Handlungssicherheit der PädagogInnen und zuständiger Behörden. Sofern Träger und zuständige Behörden solche Leitsätze ihrer Arbeit zugrunde legen, fördern sie den Kinderschutz durch gemeinsames Kindeswohlverständnis aller in der Jugendhilfe Verantwortlichen.

1. Der **gesellschaftliche Auftrag** umschließt zwei Komponenten: einerseits und vorrangig die **Erziehung** eines jungen Menschen (Erziehungsauftrag Sorgeberechtigter). Daneben werden, wenn nötig, Aufgaben der rechtlich relevanten „**Gefahrenabwehr**“ wahrgenommen, beinhaltend **geeignete und verhältnismäßige Maßnahmen** (geringst mögliche Reaktion) bei akuter Eigen- oder Fremdgefährdung eines jungen Menschen (Kind oder Jugendlicher). So kann z.B. ein kurzfristiges Festhalten¹⁷ einerseits als Freiheitsbeschränkung fachlich begründbar und somit fachlich legitim sein, wenn es nachvollziehbar dem Ziel dient, ein pädagogisches Gespräch zu beenden, das vom jungen Menschen einseitig beendet werden soll, andererseits sich als „**Gefahrenabwehr**“ darstellen, wenn ein jungen Menschen bei akuter Fremdgefährdung am Boden fixiert werden muss. Im pädagogischen Ansatz einer Freiheitsbeschränkung

¹⁷ Empfehlung: maximal 30 Minuten festhalten, ansonsten könnte ein Richter „freiheitsentziehende Maßnahmen“ nach § 1631b II Bürgerliches Gesetzbuch/ BGB annehmen, die richterlicher Genehmigung bedürften (so die Rechtsprechung in der Psychiatrie und Alten- pflege bei Fixierungen/ im Einzelnen Ziffer 18).

muss z.B. freilich die Fortführung eines pädagogischen Gesprächs noch sinnvoll sein, das heißt geeignet, ein pädagogisches Ziel zu verfolgen. Hingegen beinhalten Maßnahmen der „Gefahrenabwehr“ keine zielführende Pädagogik. Sie orientieren sich an rechtlichen Grundsätzen der Notwehr/ Nothilfe. **Zur Abgrenzung pädagogisch begründbarer/ legitimer Freiheitsbeschränkung von richterlicher Genehmigung bedürftendem Freiheitsentzug siehe Ziffer 18.**

2. Bestandteil des Erziehungsauftrags ist der **Schutz der jungen Menschen**, manifestiert in der **zivilrechtlichen Aufsichtspflicht**. Es geht darum, sie vor Schaden durch andere zu bewahren oder andere vor Schaden durch sie. Die zivilrechtliche Aufsichtspflicht beinhaltet die Verantwortung, auf einen vorhersehbaren Schaden in zumutbarer Weise pädagogisch begründbar/ legitim zu reagieren, mit dem Ziel der „Eigenverantwortlichkeit“ bei Schäden, die der junge Mensch erleiden könnte, mit dem Ziel der „Gemeinschaftsfähigkeit“ bei möglichen Schäden anderer durch ihn. Bestandteile der Aufsichtspflicht ist die pädagogische Reaktion, z.B. mittels Kontrolle (nicht heimlich) und durch Ermahnung,
3. **Erziehung** ist darauf ausgerichtet, die Persönlichkeitsentwicklung junger Menschen im Hinblick auf „Eigenverantwortlichkeit“ und „Gemeinschaftsfähigkeit“ zu fördern (§ 1 SGB VIII): durch Zuwendung und Grenzsetzung. **Erziehung bedeutet, junge Menschen in ihrer Persönlichkeit anzunehmen, ihre persönliche Entwicklung zu unterstützen und zu fördern. Sie soll Orientierung bieten und Grenzen setzen, ohne die Würde zu verletzen.**
4. Zu beachten sind in der Erziehung fachliche und rechtliche Grenzen. Orientierung in Bezug auf fachliche Grenzen der Legitimität bieten diese Leitsätze, die im Rahmen integriert fachlich- rechtlicher Sicht Grundlage pädagogischen Handelns sind. Das heißt, dass das Beachten der fachlichen Erziehungsgrenzen (fachliche Begründbarkeit/ Legitimität) Voraussetzung für rechtmäßiges Handeln ist (Legalität): **in der Erziehung kann nur fachlich begründbares/ legitimes Handeln rechtmäßig sein**, dem Kindeswohl entsprechen. Die Erziehung stößt also nicht nur an rechtliche sondern vorrangig an fachliche Grenzen. Im Ergebnis bilden in der Erziehung die fachliche Legitimität als fachliche Grenze mit dem zu beachtenden Kindeswohl als rechtliche Grenze eine Einheit.
5. Zu beachten sind in der Erziehung fachliche und rechtliche Grenzen (im Wesentlichen das „Kindeswohl“). **Orientierung in Bezug auf fachliche Grenzen der Legitimität bieten diese Leitsätze**, die im Rahmen integriert fachlich- rechtlicher Sicht Grundlage pädagogischen Handelns sind. Das heißt, dass das Beachten der fachlichen Erziehungsgrenzen (fachliche Begründbarkeit/ Legitimität) Voraussetzung für rechtmäßiges Handeln ist (Legalität): in der Erziehung kann nur fachlich begründbares/ legitimes Handeln rechtmäßig sein, das heißt dem Kindeswohl entsprechen. Die Erziehung stößt also nicht nur an rechtliche sondern vorrangig an fachliche Grenzen, die in den Leitsätzen dargelegt sind. Im Ergebnis bilden in der Erziehung die fachliche Legitimität als fachliche Grenze mit dem zu beachtenden Kindeswohl als rechtliche Grenze eine Einheit. Das Kindeswohl beinhaltet somit zwei Komponenten: die fachliche Begründbarkeit/ Legitimität und die rechtliche Zulässigkeit des Handelns, Letztere ohne die vorrangig zu beachtende fachliche Legitimität (Ziffern 6 ff) nicht denkbar.
6. **Grenzwertige Situationen erkennen** und sich im Team öffnen, ist Wesensmerkmal pädagogischer Kompetenz. Da- raus erwächst die Chance, die eigene Handlungssicherheit zu festigen, mithin den Schutz der anvertrauten jungen Menschen. Im Übrigen sind Offenheit und Transparenz Voraussetzungen jeden Qualitätsmanagements.

7. **„Fachlich legitim“** bedeutet fachlich begründbar: das Handeln ist geeignet, ein pädagogisches Ziel der Persönlichkeitsentwicklung zu verfolgen (Eigenverantwortlichkeit, Gemeinschaftsfähigkeit), aus der Sicht einer gedachten, neutralen Fachkraft. Die Eignung ist prozesshaft zu sehen, nicht ergebnisorientiert im Sinne pädagogischer Wirksamkeit. Entscheidend ist, dass nachvollziehbar ein pädagogisches Ziel verfolgt wird, nicht dass ein pädagogischer Erfolg tatsächlich eintritt (Ziffer 25 / Prüfschema/ Frage 1).
8. Da für Erziehung einzutreten ist, die fachlich begründbar/ legitim und rechtlich zulässig ist, sind **demütigende Strafen** wie Essensentzug/-zwang fachlich nicht begründbare/ illegitime Repressionen¹⁸.
9. Sofern **in einer schwer beherrschbaren Situation** dadurch beruhigt werden soll, dass diese verlassen wird und ein/e KollegIn. übernimmt, ist dies eine fachlich legitime Handlungsoption. Es gibt in der professionellen Erziehung keine Garantiepflicht, stets auf Schwierigkeiten aktiv zu reagieren.
10. Selbstverständlich kann Handeln dann nicht fachlich legitim sein, wenn **gegen Rechtsnormen verstoßen** wird, etwa gegen das Nichtraucherschutzgesetz. Wird z.B. das Rauchen auf dem Gelände geduldet, weil isoliert betrachtet fachlich begründbar, kann dies nicht fachlich legitim sein: zu jeder Erziehung gehört das Ziel der Gemeinschaftsfähigkeit, das heißt das Beachten der Gesetze. Bemerkung: aus pädagogischen Gründen sollten zukünftig Nichtraucherschutzgesetze für Jugendhilfeeinrichtungen keine Anwendung mehr finden.
11. **In der Bewertung fachlicher Legitimität ist der Einzelfall entscheidend:** die konkrete Situation, die Ressourcen des jungen Menschen, dessen Alter und Entwicklungsstufe sowie seine Vorgeschichte und Vorerfahrungen mit ihm. Die Frage, welches Handeln fachlich begründbar/ legitim ist, ist demnach unter Berücksichtigung der pädagogischen Indikation des Einzelfalls zu beantworten.
12. **Pädagogischer Zuwendung** wird gegenüber verbaler Grenzsetzung Vorrang eingeräumt (Verbote, Konsequenzen), letzteren gegenüber aktiven Grenzsetzungen wie die Wegnahme von Gegenständen (z.B. Tabak/ Drogen).
13. Zwischen dem **Erziehungsauftrag** und den Rechten der jungen Menschen (**Kindesrechte**) besteht bei Grenzsetzungen, z.B. bei Konsequenzen, ein **Spannungsfeld**, da jede Grenzsetzung in ein Kindesrecht eingreift. Es muss somit die Frage gestellt werden, ob eine gegen den Willen eines jungen Menschen gerichtete Maßnahme als Zwang verantwortbar ist, d.h. fachlich begründbar/ legitim. Ist dies der Fall, wird von pädagogischer Grenzsetzung gesprochen. Ein Kindesrecht würden freilich dann verletzt, wenn der Rahmen fachlicher Legitimität verlassen würde und zugleich auch die Voraussetzungen der „Gefahrenabwehr“ (Ziffer 1) nicht vorlägen. Es läge dann Macht- missbrauch vor, unzulässige „Gewalt“ im Sinne § 1631 II Bürgerliches Gesetzbuch/ BGB (Ziffer 25 / Prüfschema).
14. **„Unerwünschtem Verhalten“** eines jungen Menschen wird durch Zuwendung und angemessener Grenzsetzung (Konsequenz, pädagogische Regel) begegnet. Von „Unerwünschtem Verhalten“ ist zu sprechen, sofern Erziehungsbedarf besteht. Dabei sollen Konsequenzen in einem für den jungen Menschen erkennbaren und erklärten Bezug zum eigenen Verhalten stehen. Fachlich illegitim, weil fachlich nicht begründbar, sind Repressionen.

¹⁸ Entsprechend dem „Gewaltverbot“ nach § 1631 II BGB sind in der Erziehung „entwürdigende Maßnahmen“ unzulässig.

- 15. Gespräche** sind z.B. nur solange fachlich zielführend und damit fachlich legitim, solange sich der junge Mensch nicht nachhaltig verweigert oder mangelndes Verständnis erkennbar ist. Ggf. ist das Gespräch zu einem späteren Zeitpunkt aufzugreifen.
- 16.** Grundsätzlich kann bei Reaktionen auf „unerwünschtes Verhalten“ folgende Reihenfolge gelten:
a. überzeugen b. verbale Grenzsetzung, z.B. Aufforderung des Aushändigens eines Handys c. aktive Grenzsetzung im Sinne eines körperlichen Eingriffs wie die Wegnahme eines Handys androhen d. die aktive Grenzsetzung umsetzen. Dabei geht es einerseits um pädagogische Glaubwürdigkeit, angedrohte Maßnahmen auch konsequent umzusetzen, andererseits darum, der Gefahr einer Machtspirale Rechnung zu tragen, das heißt, möglichst körperliche Auseinandersetzungen, die pädagogisch nicht mehr beherrschbar sind, zu vermeiden. Daher ist mit der beschriebenen Reihenfolge des Handelns kein Automatismus verbunden, lediglich der Hinweis auf denkbare Handlungsoptionen.
- 17. Jede pädagogische Grenzsetzung**, ob verbal (verbale Grenzsetzung) oder aktiv mit körperlichem Einsatz (aktive Grenzsetzung), setzt voraus, dass ein junger Mensch keine eigenverantwortliche, gemeinschaftsfähige Entscheidung treffen kann. Andernfalls wäre er **freiverantwortlich** für sein Handeln, eine pädagogische Grenzsetzung weder nötig noch verantwortbar. Auch ist Voraussetzung, dass der junge Mensch die Grenzsetzung akzeptieren könnte, wenn er freiverantwortlich wäre. Und: besitzt er die notwendige Einsichtsfähigkeit, ist ihm die Grenzsetzung in verständlicher Weise zu erläutern
- 18. Aktive pädagogische Grenzsetzung**, das heißt pädagogische Grenzsetzung mittels körperlichen Einsatzes¹⁹ (etwa Festhalten, um ein fachlich legitimes/ begründbares Gespräch zu beenden), muss angemessen sein. Das heißt: keine andere, weniger belastende aktive Grenzsetzung kommt in Betracht und im Falle ausreichender Zeit ist eine verbale Grenzsetzung erfolglos geblieben. Entscheidend sind dabei das Alter, die Entwicklungsstufe des jungen Menschen, dessen Vorgeschichte und die konkrete Situation.
- 19. Mit Grenzsetzungen verbundene Eingriffe in die Fortbewegungsfreiheit eines jungen Menschen sind entweder als fachlich legitime Freiheitsbeschränkung oder als Freiheitsentzug einzuordnen**, der unter den rechtlichen Voraussetzungen der „Gefahrenabwehr“ (Ziffer 1) rechtlich zulässig ist. Fachlich ist z.B. das Wegschließen in einem Zimmer ohne Begleitung oder der Verschluss einer Zimmer-/ Haus-/ Gruppentür nicht begründbar, allenfalls rechtlich als zulässiger Freiheitsentzug bei akuter Eigen- oder Fremdgefährdung eines jungen Menschen (§ 1631b BGB nachfolgend).
- 20. Es sind zu unterscheiden: fachlich legitime Freiheitsbeschränkung von "freiheitsentziehenden Maßnahmen" im Kontext der Gefahrenabwehr mit richterlicher Genehmigung nach §1631b II BGB²⁰:**

Sofern der Gesetzeswortlaut des § 1631b II BGB („in nicht altersgerechter Weise“) mit fachlich nicht begründbar/ illegitim gleichgesetzt wird, wofür alles spricht²¹, liegt bei fachlicher Begründbarkeit/ Legi-

¹⁹ Aktive pädagogische Grenzsetzungen sind zu unterscheiden von Maßnahmen der „Gefahrenabwehr“ bei akuter Fremdgefährdung eines Kindes/ Jugendlichen (Ziffer 25).

²⁰ §1631b BGB lautet: "(1) Eine Unterbringung des Kindes, die mit Freiheitsentziehung verbunden ist, bedarf der Genehmigung des Familiengerichts. Die Unterbringung ist zulässig, solange sie zum Wohl des Kindes, insbesondere zur Abwendung einer erheblichen Selbst- oder Fremdgefährdung, erforderlich ist und der Gefahr nicht auf andere Weise, auch nicht durch andere öffentliche Hilfen, begegnet werden kann. Ohne die Genehmigung ist die Unterbringung nur zulässig, wenn mit dem Aufschub Gefahr verbunden ist; die Genehmigung ist unverzüglich nachzuholen. (2) Die Genehmigung des Familiengerichts ist auch erforderlich, wenn dem Kind, das sich in einem Krankenhaus, einem Heim oder einer sonstigen Einrichtung aufhält, durch mechanische Vorrichtungen, Medikamente oder auf andere Weise über einen längeren Zeitraum oder regelmäßig **in nicht altersgerechter Weise** die Freiheit entzogen werden soll. Absatz 1 Satz 2 und 3 gilt entsprechend."

²¹ Nur altersgerechtes Handeln kann zielführende Pädagogik sein, das heißt geeignet sein, ein pädagogisches Ziel zu verfolgen, mithin fachlich begründbar/ legitim. „Nicht altersgerechtes“ Handeln ist hingegen stets fachlich nicht begründbar/ illegitim.

timität stets eine nicht genehmigungspflichtige Freiheitsbeschränkung vor. Altersgerechtes Handeln ist grundlegende Voraussetzung fachlicher Begründbarkeit/ Legitimität, sodass in diesem Fall keine „freiheitsentziehende Maßnahme“ vorliegen kann, die ja Handeln „in nicht altersgerechter Weise“ erfordert.

Aber: angesichts der bisher unklaren Rechtslage zu § 1631b II BGB mit unterschiedlichen richterlichen Auslegungen, wird aus Gründen der Kindeswohlsicherung die folgende Unterscheidung fachlich begründbarer/ legitimer Freiheitsbeschränkung von richterlich genehmigungspflichtigen "freiheitsentziehenden Maßnahmen" empfohlen:

a. Fachlich legitime Freiheitsbeschränkung: z.B. ein Kind "kurzzeitig" auf das Zimmer schicken, damit es sich dort Gedanken zum vorherigen Regelverstoß macht oder z.B. "kurzzeitiges" Festhalten, um ein pädagogisches Gespräch zu beenden, oder die Bitte, "kurzzeitig" im Zimmer zu bleiben bzw. dorthin zu gehen. Zur Auslegung des Wortes "kurzzeitig" kann die Rechtsprechung zur „Fixierung“ (Fesselung) in der Psychiatrie/ Altenpflege herangezogen werden. Dort wird die richterliche Genehmigung oberhalb 30 Minuten als Maßstab gesetzt: alle länger als 30 Minuten andauernden Maßnahmen sind genehmigungspflichtig. Sofern also absehbar ist (Prognose), dass zunächst fachlich begründbare/ legitime Maßnahmen über einen längeren Zeitraum als 30 Minuten andauern, ist von "freiheitsentziehenden Maßnahmen" auszugehen, die keine fachlich begründbare Freiheitsbeschränkung mehr sein können. Das gleiche gilt, wenn eine zunächst fachlich begründbare/ legitime Maßnahme voraussichtlich zwar weniger als 30 Minuten andauert aber mit deren Regelmäßigkeit zu rechnen ist. In beiden Fällen - "voraussichtliche Dauer über 30 Minuten" und "voraussichtliche Dauer unter 30 Minuten aber regelmäßig" - darf nicht mehr von fachlicher Begründbarkeit/ Legitimität ausgegangen werden, liegt eine genehmigungspflichtige "freiheitsentziehende Maßnahme" vor, die den rechtlichen Anforderungen der „Gefahrenabwehr“ unterliegt (Ziffer 1). Das heißt solches Handeln ist nur im Falle einer erheblichen Selbst- oder Fremdgefährdung eines jungen Menschen rechtlich unbedenklich, der geeignet und verhältnismäßig begegnet wird.

b. „Freiheitsentziehende Maßnahmen“ nach § 1631b II BGB mit richterlicher Genehmigung: davon ist in der rechtlich relevanten „Gefahrenabwehr“ auszugehen: bei akuter Eigen- oder Fremdgefährdung eines jungen Menschen, unabhängig von der Dauer der Maßnahme, z.B. „am Boden Fixieren“ (Ziffer 1). Dabei sind rechtliche Voraussetzungen zu beachten, das heißt die Maßnahmen müssen „geeignet“ (z.B. mit pädagogischer Aufarbeitung) und „verhältnismäßig“ sein.

c. Die Konsequenz für die Praxis lautet: wenn dies vertretbar ist, maximal für eine Dauer von 30 Minuten fachlich begründbare/ legitime Maßnahmen einplanen und diese als nicht regelmäßig wiederholungsbedürftig einstufen.

d. Festhalten: Ein vorhersehbares kurzzeitiges Festhalten (unter 30 Minuten) kann einerseits fachlich begründbar und somit fachlich legitim sein, wenn es nachvollziehbar dem Ziel dient, ein pädagogisches Gespräch zu beenden, das vom jungen Menschen einseitig beendet wird und wenn darüber hinaus kein Wiederholungsbedarf angenommen wird. Andererseits kann sich ein vorhersehbares Festhalten als „Gefahrenabwehr“ darstellen, wenn ein junger Mensch bei akuter Fremdgefährdung festgehalten wird (Notwehr/-hilfe). Unabhängig von der Dauer der Maßnahme ist für dieses "Festhalten" der „Gefahrenabwehr“ (Ziffer 1) eine richterliche Genehmigung erforderlich, auf der Grundlage einer entsprechenden Prognose rechtzeitig vorher.

e. Falsche Prognose: Stellt sich nach der Prognose einer fachlich begründbaren/ legitimen Freiheitsbeschränkung heraus, dass aufgrund von Dauer oder Regelmäßigkeit tatsächlich eine "freiheitsentziehende Maßnahme" vorliegt, ist für die weitere Zukunft eine Anpassung der Prognose zu überprüfen.

f. Nicht vorhersehbare Maßnahmen: Für nicht prognostizierte fachlich begründbare/ legitime Maßnahmen der Freiheitsbeschränkung ist bei erstmaliger Durchführung eine Prognose zu folgenden Fragen zu stellen: (1) „Wird diese Maßnahme in der Zukunft erneut notwendig sein?“ (2) „Reichen 30 Minuten aus und ist nicht von weiterem regelmäßigem Bedarf auszugehen?“ Situationen der „Gefahrenabwehr“ sind häufig nicht vorhersehbar und planbar, sodass eine Prognose und damit verbundene richterliche Genehmigung unmöglich sind. Auf der Grundlage des einmaligen Auftretens einer akuten Eigen- oder Fremdgefährdung eines jungen Menschen ist freilich eine Gefährdungsprognose zu stellen, bei erkennbarem Wiederholungsgefahr eine richterliche Genehmigung zu initiieren.

- 21. Regeln** werden unter dem Aspekt fachlicher Begründbarkeit/ Legitimität aufgestellt. Sie sind als **pädagogische Regeln** fachlich begründbar, das heißt zielführende Pädagogik.
- 22. Die Wegnahme eines Gegenstands** bei Sachbeschädigung kommt als fachlich begründbare/ legitime aktive pädagogische Grenzsetzung in Betracht, wenn es darum geht, den Sinn des Eigentums zu vermitteln, das heißt sie ist begrenzt auf jungen Menschen, die in ihrer Entwicklung den Sinn des Eigentums noch nicht begriffen haben. Auch kann die Wegnahme eines Handys bei Verdacht gewaltverherrlichenden Inhalts fachlich begründbar/ legitim sein.
- 23.** Da bei fachlich begründbaren/ legitimen Grenzsetzungen in ein Kindesrecht eingegriffen wird, ist die vorherige **Zustimmung Sorgeberechtigter** erforderlich. Dabei ist davon auszugehen, dass Sorgeberechtigte mit der im Zeitpunkt der Aufnahme vorhersehbaren Erziehungsroutine im rechtlichen Sinn „stillschweigend“ einverstanden sind. Es handelt sich um niederschwellige Maßnahmen des pädagogischen Alltags wie gängige pädagogische Regeln und Konsequenzen, die vom Erziehungsauftrag mitgetragen werden. Anders sieht es z.B. aus bei nicht vorhersehbaren aktiven pädagogischen Grenzsetzungen wie „kurzzeitiges“ Festhalten (Ziffern 18a und d) oder die „Wegnahme eines Handys bei Verdacht gewaltverherrlichenden Inhalts“. Derartigen Handlungsoptionen müssten Sorgeberechtigte im Einzelfall vorher zustimmen. Praktikabler ist es jedoch, die pädagogische Grundhaltung des Anbieters/ Einrichtungsträgers in „fachlichen Handlungsleitlinien“ nach § 8b II Nr.1 SGB VIII „zur Sicherung des Kindeswohls und zum Schutz vor Gewalt“ zu beschreiben und auf derartige Handlungsoptionen (beispielhaft) einzugehen. Diese werden den Sorgeberechtigten bei der Aufnahme vorgelegt und dann zustimmend zur Kenntnis genommen.²² Ist Handeln fachlich begründbar/ legitim aber die Zustimmung Sorgeberechtigter fehlt im vorbeschriebenen Sinn, liegt Machtmissbrauch vor, das heißt „unzulässige Gewalt“ im Sinne des Gewaltverbots des § 1631 II BGB. Zugleich würde ein Kindesrecht verletzt.
- 24.** Auftrag ist es, Kindern- und Jugendlichen schon bei der **Aufnahme** bewusst zu machen, welche Ziele verfolgt werden, was sie erwartet, insbesondere welche Regeln zu beachten sind.
- 25. Sofern bei Eigen- oder Fremdgefährdung von jungen Menschen in ein Kindesrecht eingegriffen wird („Gefahrenabwehr“/ z.B. Festhalten), sind diese Grundsätze zu beachten:**
 - a.** Es ist wichtig, dass bei Maßnahmen der „Gefahrenabwehr“ zugleich auch pädagogische Ziele verfolgt werden. z.B. ist während des Festhaltens beruhigend auf ein aggressives Kind einzuwirken. Grundsätzlich

²² Die „fachlichen Handlungsleitlinien“ können diese generellen Jugendhilfe- Leitsätze als Grundlage nehmen.

gilt: Maßnahmen der Gefahrenabwehr sind kommunikativ so einzubetten, dass sie nicht zu sehr verstören. Zudem ist Voraussetzung, dass eine pädagogische Beziehung besteht. Diese ist wesentlich mitbestimmend dafür, ob sich z.B. ein junger Mensch festhalten lässt. Beziehungserfahrungen mit der/ m PädagogIn sind von großer Bedeutung.

b. Ausgeschlossen muss sein, dass - weil auch ein pädagogisches Ziel verfolgt wird - Maßnahmen der „Gefahrenabwehr“ (Ziffer 1) nur unter pädagogischen Aspekten betrachtet werden, quasi „pädagogisch importiert“. Im Gegenteil: da die rechtlichen Anforderungen der „Gefahrenabwehr“ weiterreichen als die der fachlichen Legitimität, müssen die rechtlichen Voraussetzungen stets geprüft werden. Würden Maßnahmen der Gefahrenabwehr lediglich pädagogisch betrachtet und begründet, bestünde die große Wahrscheinlichkeit, dass die in der „Gefahrenabwehr“ zu beachtenden rechtlichen Voraussetzungen übersehen werden und in ausschließlich pädagogischer Sicht „der Zweck die Mittel heiligt“. In diesem Fall können Kindesrechte verletzt werden.

c. Sobald sich ein junger Mensch beruhigt hat, wenn möglich schon parallel, ist die Situation der „Gefahrenabwehr“ pädagogisch aufzuarbeiten. Dies ist Voraussetzung für die rechtlich geforderte „Eignung“ der „Gefahrenabwehr“ (Ziffer 1).

d. Präventiv wirkende, zielführende Pädagogik, insbesondere fachlich legitime Grenzsetzung, kann Maßnahmen der „Gefahrenabwehr“ entbehrlich machen oder zumindest reduzieren.

- 26. Prüfschema** Mit Hilfe des folgenden Prüfschemas wird geprüft, ob Handeln fachlich begründbar und rechtlich zulässig ist, mittels Abgrenzung zulässiger (weil fachlich begründbar/ legitim) Macht von Machtmissbrauch. Anhand des Prüfschemas wird im Team oder allein reflektiert, vorrangig im Kontext der Frage 1., die objektivierend zu beantworten ist, aus der Sicht einer gedachten neutralen Fachkraft. Hierzu ist die Beteiligung einer Leitungsperson (Fachkraft) zu empfehlen, die fachliche Neutralität gewährleistet. Damit wird vermieden, dass die Reflexion ausschließlich auf der subjektiven persönlichen Haltungsebene durchgeführt wird. **Hinweis:** bei Planungen entfällt Frage 4.

Zulässige Macht und Machtmissbrauch im päd. Alltag (a)
- Nachträgliches Bewerten des Verhaltens in einer Krisensituation -

1. War das Verhalten geeignet, ein päd. Ziel zu verfolgen: (b) aus der Sicht einer gedachten neutralen Fachkraft? (c)	<input type="checkbox"/> ja → Frage 2 <input type="checkbox"/> nein → Frage 4
2. Wurde in ein Kindesrecht eingegriffen? (d)	<input type="checkbox"/> ja → Frage 3 <input type="checkbox"/> nein → keine Macht
3. Erfolgte der Eingriff in d. Kindesrecht mit Wissen u. Wollen Sorgeberechtigter/ SB, d.h. mit deren Zustimmung? (e) (f)	<input type="checkbox"/> ja → zuläss. Macht <input type="checkbox"/> nein → Frage 4
4. Lag akute Eigen-/ Fremdgefährdung des/r Kindes/Jug. vor, der geeignet (g) und verhältnismäßig (h) begegnet wurde?	<input type="checkbox"/> ja → zuläss. Macht <input type="checkbox"/> nein → Machtmissbr.

- 5. Qualifizierung: Gibt es zukünftig eine bessere Alternative für unser Handeln?**
- (a) Bei Kindeswohlgefährdung oder strafbarem Verhalten liegt stets Machtmissbrauch vor.
 - (b) Das Verhalten muss pädag. schlüssig sein; unerheblich ist, ob ein päd. Erfolg eintritt.
 - (c) Bei aktiver päd. Grenzsetzung: keine mildere aktive Grenzsetzung war verantwortbar.
 - (d) Ein Kindesrecht- Eingriff liegt bei jeder verbalen oder aktiven päd. Grenzsetzung vor.
 - (e) Bei päd. Routine ist das Verhalten für SB vorhersehbar (stillschweigende Zustimmung.)
 - (f) Die Zustimmung d. Kindes/ Jugendlichen ist bei Taschengeldverwendung erforderlich.
 - (g) Eine Eignung liegt nur dann vor, wenn die Situation pädagogisch aufgearbeitet wird.
 - (h) „Verhältnismäßig“ heißt: es war keine weniger eingreifende Maßnahme möglich.